



GERHARD THÜR

OPERA OMNIA

<http://epub.oeaw.ac.at/gerhard-thuer>

Nr. 92 (Rezension / *Review*, 1990)

Wille, K., Die Versur (Berlin 1984)

**Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (ZRG) RA 107,
1990, 624–629**

© Böhlau Verlag GmbH & Co. KG (Wien) mit freundlicher Genehmigung
(<http://www.savigny-zeitschrift.com/>)

Schlagwörter: Finanztransaktion

Key Words: financial transcaction

gerhard.thuer@oeaw.ac.at
<http://www.oeaw.ac.at/antike/index.php?id=292>

Dieses Dokument darf ausschließlich für wissenschaftliche Zwecke genutzt werden (Lizenz CC BY-NC-ND),
gewerbliche Nutzung wird urheberrechtlich verfolgt.

This document is for scientific use only (license CC BY-NC-ND), commercial use of copyrighted material will be prosecuted.

Klaus Wille, Die Versur. Eine rechtshistorische Abhandlung über die Zinskapitalisierung im alten Rom (= Schriften zur Rechtsgeschichte, Heft 33). Duncker & Humblot, Berlin 1984. 147 S.

Geldgeschäfte haben ihre Bedeutung und ihren Reiz bis heute nicht verloren. Den Personenkreis, der sich professionell damit beschäftigt, verbindet eine eigene Fachsprache, in die sich auch der Jurist erst einarbeiten muß. So finden wir in der römischen Literatur Ausdrücke wie *permutare*, *perscribere* oder *versuram facere* in offensichtlich finanztechnischer, vom alltäglichen, aber auch vom juristischen Sprachgebrauch abweichender Bedeutung. Dem rechtlichen Hintergrund der *versura*, einem Ausdruck, den man in der römischen juristischen Literatur vergebens sucht, ist die vorliegende knappe, aber gehaltvolle Schrift gewidmet. Die von H. H. Seiler betreute Hamburger Dissertation stieß damit auf ein in der heute stark wirtschaftsgeschichtlich orientierten Romanistik hochaktuelles Thema¹). Wille nähert sich dem Problem in zwei Schritten: Im ersten

¹) Ohne die Arbeit Willes zu berücksichtigen hat H.-P. Benöhr zwei Beiträge veröffentlicht, Finanzielle Transaktionen zwischen Cicero und Caesar in den Jahren 54 bis 50 v. Chr., FS Kaser (1986) 21–43 (33 Anm. 95), und Faberianum negotium, SZ 103 (1986) 275–320 (281 Anm. 30). Benöhr holt die Auseinandersetzung in einer gründlichen Rezension nach, Gnomon 61 (1989) 40–44, auf die hier verwiesen werden kann. Auch J. Andreau hat auf diesem Gebiet weitergearbeitet, Modernité économique et statut des manieurs d'argent, MEFRA

Teil wird die aussagekräftigste Quelle interpretiert, Cicero ad Att. 5, 21 und 6, 1–3, „Das Geldgeschäft der Salaminier“ (S. 13–56), der zweite Teil „Die übrigen Quellen“ (57–140) rundet das Ergebnis in Auseinandersetzung mit der modernen Literatur ab. Dieses ist abschließend (141 f.) auf deutsch und lateinisch zusammengefaßt; ein Quellenregister fehlt leider.

Da *versura* nur in literarischen Quellen vorkommt, stammen die ersten Deutungen von Philologen: Jedes verzinsliche Darlehen werde so genannt (dem scheint, abseits der Diskussion, aufgrund von Liv. 7, 42, 1 und Tac. ann. 6, 16 heute noch Tilli zu folgen); auf einer Glosse des Verrius Flaccus beruht die Meinung, *versura* bezeichne eine Umschuldung mit Gläubigerwechsel. Dem ersten großen modernen Althistoriker, B. G. Niebuhr, verdanken wir die Gegenmeinung, die Umschuldung werde durch Kapitalisierung der Zinsen und eine neue Laufzeit des Darlehens vorgenommen, die Parteien blieben dieselben. Ihr schließt Wille sich an; Bürge (SZ 104, 519) und Benöhr (Gnomon 61, 43) widersprechen. Die Hauptquelle ist die *versura* der Salaminier. Mit ihr steht und fällt die gesamte Theorie. Auf diesen Beleg werden sich die folgenden Ausführungen beschränken.

Wille geht, völlig zu Recht, von folgenden Fakten aus: Nach der Unterwerfung Zyperns im Jahre 58 v. Chr. und der Eingliederung in die Provinz Kilikien bekam im Jahr 56 eine Gesandtschaft der bedeutenden zyprischen Handelsstadt Salamis in Rom von M. Scaptius und P. Matinius, *familiares* des späteren Caesarmörders Brutus, eine Geldsumme zu einem Zinssatz von 48% im Jahr als Darlehen ausgezahlt. Darüber wurde auch eine Urkunde (*syngrapha*) errichtet. Zwei *senatus consulta* gewährten für dieses Geschäft eine Ausnahme von der *lex Gabinia*, welche verbot, in Rom Darlehen an Gesandtschaften der Provinzialen zu gewähren. Nachdem Cicero im Jahr 51 Statthalter von Kilikien geworden war, trafen sich die Kontrahenten bei ihm in Tarsos. Dabei gelang es ihm nicht, den Streit beizulegen. Streitpunkt war, ob den Gläubigern jene 48% Zinsen zustanden, was eine Summe von knapp 200 Talenten ergeben hätte, oder nur 106 Talente. Diese ergaben sich, wenn man die Zinsen nach den Bestimmungen des Edikts berechnete, das Cicero mit Amtsantritt für die Provinz Kilikien erlassen hatte: 12% Jahreszins, also die üblichen 1% Zinsen im Monat, mit jährlicher Kapitalisierung der Zinssumme (*anatocismus*).

Rechtlich beurteilt Wille den Fall folgendermaßen: Cicero habe die Aufnahme des Darlehens in Rom lediglich im Rückblick aus dem vorliegenden Streit um die Zinsen *versuram facere* (5, 21, 12) genannt (S. 30). Die *versura* sei nämlich erst in späteren Urkunden (6, 2, 7: *proxima ... syngrapha*) erfolgt, als die Parteien in den Jahren zwischen 56 und 51 (mindestens zweimal) die Zinsen zum Kapital dazugeschlagen hätten (S. 49 u. 55). Denn: „Die Vereinbarung, mit der die ursprüngliche Kapitalsumme durch Hinzuschlagung von Zinsen verändert, nämlich

97 (1985) 373–410, und La vie financière dans le monde romain (Rom 1987). Indirekt gab das Buch von Wille durch ein im WS 1985/86 in München gehaltenes Seminar den Anstoß zu einem größeren Beitrag von A. Bürge, Fiktion und Wirklichkeit: Soziale und rechtliche Strukturen des römischen Bankwesens, SZ 104 (1987) 465–558; s. a. dens., SZ 99 (1982) 128–157. Zur römischen Gesetzgebung über Zinsen s. nunmehr a. G. Tilli, ... postremo vetita versura, BIDR 86/87 (1984) 147–163.

erhöht, und diese so aufgestockte Gesamtsumme erneut verzinst wird, ist von den Römern *versura* genannt worden. Durch die *versura* wurde der ursprüngliche Darlehensvertrag oder, wenn es weitere *versurae* inzwischen gegeben haben sollte, auch diese früheren kassiert, so daß die Versur die Wirkung einer Novation hatte“ (S. 47). Wenn dem so ist, fragt man sich (mit Bürge und Benöhr) in der Tat, warum die Parteien in der Verhandlung vor dem Statthalter zu solch verschiedenen Ergebnissen ihrer Zinsberechnungen gekommen sein konnten. „Wo Cicero von *versura* spricht, wird nur ein Darlehen gewährt, wenn Zinsen kapitalisiert werden, spricht Cicero nicht von *versura*,“ hat Bürge in der Diskussion in einem gemeinsamen Seminar pointiert zusammengefaßt.

Evident richtig ist der Einwand, daß eine *syngrapha* über eine *versura* überflüssig ist, wenn es Vorschriften wie etwa das Edikt Ciceros gibt, die im Rahmen eines Höchstzinssatzes die jährliche Kapitalisierung der Zinsen gestatten. Doch möchte ich daraus nicht die Konsequenz ziehen, den Ausdruck *versuram facere* schlicht mit „Gewähren eines Darlehens“ zu übersetzen. Hier scheint mir eher Willes Gesamtergebnis richtig, gestützt vor allem auf die aus den Papyri ersichtliche Rechtspraxis, ein notleidendes Darlehen unter Kapitalisierung der Zinsen durch eine neue *συγγραφή* zu sanieren (S. 52f.). Zu korrigieren sind für den Fall der Salaminier freilich einige Details bei jener „Darlehensaufnahme“ des Jahres 58 und der „Gerichtsverhandlung“ des Jahres 51.

Zunächst ist festzuhalten, daß man Ciceros Schilderung des Falles in seinem Brief an Atticus (5, 21, 11–13) nicht als objektive Quelle, sondern als polemische Rechtfertigung seines Vorgehens als Statthalter lesen muß. Wie in einem Epilog faßt er in § 13 nochmals alles Wesentliche zusammen: Die Partei Brutus' (und damit Caesars) könne an seinem Vorgehen nichts tadeln, zumal der Senat kürzlich selbst einmal 12% Darlehenszinsen ohne Kapitalisierung (*perpetuo faenore*) für richtig erachtet und sich auch sonst schuldnerfreundlich gezeigt habe — das Ganze (*sed ad rem redeo*) kunstvoll als „Digression“ eingestreut. Aus diesen Gründen empfiehlt es sich, jene beiden *senatus consulta* des Jahres 56 genauer zu betrachten. Richtig und verdienstvoll hat Wille klargestellt, daß die *lex Gabinia* vom Jahre 67 der Unsitte Einhalt gebieten sollte, daß die Provinzialen sich den Zugang zum Senat durch aufwendige, durch Kredit finanzierte „Geschenke“²⁾ an die Magistrate erkaufen mußten. Im Falle der Salaminier hatte der Senat auf Betreiben des Brutus eine Ausnahme gestattet. Könnte das mit der *versura* zusammenhängen? Nach der Niederlage vom Jahr 58 war Salamis auch zwei Jahre später gewiß noch hoch verschuldet³⁾. Jede weitere Belastung, etwa durch

²⁾ Vielleicht etwas zu sehr aus der Sicht eines deutschen Rechtsreferendars beurteilt Wille die für das Funktionieren eines antiken, aristokratisch geführten Staates notwendigen und üblichen Leistungen schlicht als „Bestechung“ (S. 25 zur *lex Gabinia*; S. 22 zur Abwehr von Heereseinquartierungen); die Empfänger trugen einen Großteil der Staatsaufgaben aus Eigenem. Gegen die negative Charakterisierung von Ciceros Briefpartner Atticus wenden sich schon Bürge, SZ 104, 487, und Benöhr, Gnomon 61, 44.

³⁾ Auf S. 22 wäre jedenfalls das Standardwerk von D. Magie, *Roman Rule in Asia Minor* (1950) nachzutragen (zu den Salaminern s. 385f., 389–95). Hinzuweisen ist auch auf inzwischen erschienene Werke, R. Bernhardt, *Polis und römische Herrschaft in der späten Republik* (1985) 172f., 185, 193, und A. Alfoldi, *Caesar in 44 v. Chr. I* (1985) 351–57.

das *praetorium vectigal* (S. 21f.), konnte Anlaß für eine Umschuldung gewesen sein. Vorsichtige Geldgeber werden sich vergewissert haben, ob auch die Auszahlung eines neuen Kreditbetrages in Rom und die Vereinigung der alten und neuen Belastungen in Form einer *versura* unter das Verbot der *lex Gabinia* fielen. Die Antwort des Senats lautete, *ut neve Salaminis neve qui eis dedisset fraudi esset* (§ 12). Es ist höchst unwahrscheinlich, daß sich der Senat in diesem Stadium bereits über die Wirksamkeit einer Darlehens*syngrapha* geäußert hatte; die am Ende des § 11 zitierten Worte gehören demnach zum zweiten SC (anders Wille 17). So gesichert, zahlten die Geldgeber das neue Darlehen aus und errichteten eine neue Urkunde über den gesamten offenen Schuld- und Zinsenbetrag; die Gesamtsumme war mit 48% jährlich zu verzinsen. Das ganze war möglicherweise als kurzfristiges Überbrückungsdarlehen gedacht. Vorsichtshalber ließen sich die Gläubiger auch die *syngrapha* vom Senat bestätigen, *ut qui Ciliciam obtineret ius ex illa syngrapha diceret* (§ 11, die davon leicht abweichende Formulierung in § 12 ist nur Paraphrase). Tendenziös ist Ciceros Darstellung, die üblen Wucherer hätten es zunächst übersehen, auch für die Durchsetzbarkeit ihrer Forderung zu sorgen (§ 12; von Wille 28 für bare Münze genommen). Denn als das erste SC erlassen wurde, lag noch keine Schuldurkunde über den gesamten Betrag vor. Diese wurde erst bei Zuzahlung des neuen, vom Senat bewilligten Darlehens errichtet.

Die vom Senat bestätigte Schuldurkunde mit dem mörderischen Zinssatz von 48% war nach fünf Jahren eine gefährliche Waffe. Daß sich einer der beiden Gläubiger, Scaptius, in den Verhandlungen vor Cicero nur auf diese eine *syngrapha* stützt, ergibt sich unmittelbar aus § 11: *ille ex syngrapha postulabat quaternas. ... at ille profert SC*. Aus 6, 2, 7: ..., *sed centesimis ductis a proxima quidem syngrapha nec perpetuis, sed renovatis quotannis*, zieht Wille (48f.) den Schluß, es seien in den Jahren nach 56 neue *syngraphae* errichtet worden, wobei zuletzt nur noch 12% Zinsen vereinbart worden seien — die *versura*, wie er sie deutet. Wie könnte aber Scaptius unter diesen Voraussetzungen vernünftigerweise auf seinen 48% Zinsen bestanden haben? Die *proxima syngrapha* in 6, 2, 7 liegt folglich nicht zwischen den Jahren 56 und 51, dem Jahr 51 „am nächsten“, sondern vor dem Jahr 56: Es ist die *syngrapha*, die der im Jahr 56 vorgenommenen *versura* unmittelbar vorangeht. So gesehen, bestätigt 6, 2, 7 die in 5, 21, 11 erwähnte *versura* als Umschuldung und ist mit Scaptius' Behauptung, er könne 48% Zinsen verlangen, voll im Einklang. Cicero zieht die ältere *syngrapha* lediglich als Argument dafür heran, daß er den Gläubigern in Übereinstimmung mit seinem eigenen Edikt nicht mehr als 12% Zinsen zusprechen könne. Auf dem Boden seines Edikts könne er den Gläubigern nur insofern entgegenkommen, daß er ihnen statt der linear fortlaufenden Zinsen, *perpetuae (usurae)*, jährliche Kapitalisierung, *renovatae quotannae (usurae)*, zugestehen wolle. Erst diese Deutung offenbart das Dilemma des Statthalters: Entgegen einem Senatsbeschuß, der ihn an die *syngrapha* des Jahres 56 mit 48% Zinsen zu binden scheint, besteht er zu Lasten von Caesarfreunden auf der Anwendung seines Edikts, das die üblichen 12% als Höchstzinssatz vorsieht.

Cicero ist um eine Lösung nicht verlegen. Er legt dem Gläubiger dar, daß er sich zwar an das (zweite) SC halte, wonach aus dieser Urkunde zu judizieren sei (*ius diceretur*), gleichzeitig schränkt er aber die Tragweite des SC ein: *hoc est, ut*

nec deteriore nec meliore iure ea syngrapha esset quam ceterae, sed eodem (5, 21, 12). Diese Worte geben nicht den Inhalt jenes zweiten SC wieder, das die Darlehensurkunde generell mit allen übrigen derartigen gleichgestellt habe, wie Wille (17) irrtümlich annimmt, sondern Ciceros Rechtsmeinung: Aus der letzten *syngrapha* könnten trotz der vereinbarten 48% nicht mehr Zinsen verlangt werden als aus den übrigen, zwischen diesen Parteien bereits vor dem Jahr 56 abgeschlossenen Verträgen, nämlich jene auch im Edikt vorgesehenen 12%. Neben der Anordnung, der Statthalter Kilikiens soll nach der im Jahr 56 errichteten *syngrapha* judizieren, wäre in einem SC jeder Vergleich dieser *syngrapha* mit irgendwelchen anderen Urkunden völlig sinnlos. Erst im Jahr 51 ist es für den Statthalter angebracht, die Reduzierung der zuletzt vereinbarten 48% Zinsen auf die vorgeschriebenen 12% dadurch zu untermauern, daß die Parteien selbst in einer früheren, wenn auch überholten *syngrapha* (6, 2, 7) ebenfalls nur 12% vereinbart hatten. Diese Überlegungen sprechen meines Erachtens auch dagegen, daß im Jahr 56 eine Umschuldung mit Gläubigerwechsel stattgefunden habe.

Überlegt man die zweifelhafte Rechtslage und die politische Tragweite des Falles, wird man Cicero keinen Vorwurf daraus machen können, daß er den Fall nicht auf der Stelle entschied. (Kommentarlos zitiert Wille 18 eine üble Bemerkung Th. Mommsens.) Noch ein weiteres Argument spricht zu Ciceros Gunsten: Die in 5, 21, 11–12 geschilderte Auseinandersetzung in Tarsos kann man nicht mit Wille (16) als „Gerichtsverhandlung“ bezeichnen, sondern eher als einen Vergleichstermin. Die Parteien legten zunächst ihre Urkunden vor, der Statthalter gab seine Rechtsmeinung dazu ab. Dann verhandelte er mehrmals getrennt mit den Gegnern und suchte eine für beide Teile akzeptable Lösung herbeizuführen. Als der Gläubiger schließlich den Antrag stellte, das Verfahren zu beenden, mußte Cicero dem folgen. Eine Klage war nach dem Bericht noch nicht erhoben worden. Scaptius konnte sich ohne Konsequenzen aus dem Verfahren zurückziehen und auf den nächsten Statthalter warten. Gleichwohl mußte sich Cicero vor Brutus rechtfertigen (5, 21, 13), der ihm die Geldangelegenheit seiner *familiares* in einem Empfehlungsschreiben ans Herz gelegt hatte (6, 1, 5).

Die von Cicero geschilderte Episode gibt nicht nur Einblick in die hohe Finanz der späten Republik, sondern auch in das von Rom im Verkehr mit den Provinzialen angewendete Recht. Das geschilderte Vergleichsverfahren ist mit dem strengen *ordo iudiciorum* des römischen Zivilprozesses nicht vereinbar. Der Statthalter entscheidet in freier *cognitio*. Das Beispiel zeigt, daß er sich dabei an das bewährte Vorbild der Dialysis hält, wie sie seit Jahrhunderten in den Griechenstädten üblich war⁴). Aber auch im materiellen Recht zeigten die Geschäftsleute und der Senat keine Hemmungen, vom *ius civile* abzuweichen. Völlig problemlos wurden in Rom in einer griechisch als *syngrapha* bezeichneten und vermutlich auch in dieser Sprache abgefaßten Urkunde Zinsen für ein Darlehen vereinbart⁵). Niemand dachte an eine Zinsstipulation. Die von Wille (50f.) als Erklärung herangezogene Stelle Gai. inst. 3, 134, die dafür die *litterarum obligatio*

⁴) S. A. Steinwenter, Die Streitbeendigung durch Urteil, Schiedsspruch und Vergleich nach griechischem Rechte (1925, ²1971) 152–158.

⁵) Zum Gebrauch der griechischen Sprache im Verkehr mit den Provinzialen im Osten s. R. K. Sherk, Roman Documents from the Greek East (1969) 197 ff.

bemüht, liegt noch in weiter Zukunft. Bedenkenlos nimmt Rom im 1. Jh. v. Chr. am Rechtsleben des östlichen Mittelmeerraumes teil.

Diese Gedanken führen über die konkrete Fragestellung des vorzustellenden Buches weit hinaus. Anhand der wichtigsten Quelle suchte ich zu zeigen, daß Wille mit sicherem Blick den Grundgedanken der *versura* richtig erkannt hat, wenn ihn auch die tendenziös-verworrene Darstellung Ciceros etwas auf Abwege führt. Die übrigen Quellen stehen der von ihm vertretenen Deutung zumindest nicht im Wege, wenn auch das Modell des Gläubigerwechsels grundsätzlich nicht so strikt abgelehnt werden sollte.

München

Gerhard Thür